

Der Großbrand in Lengerich – aus Sicht der Verwaltung

- Erfahrungen und Konsequenzen -

Heinz Thomas Striegler

I. Einleitung

Ein Großbrand an sich ist angesichts der Fülle der täglichen Schreckensmeldungen im Weltgeschehen nichts Besonderes, niemand – außer den unmittelbar Betroffenen – würde sich dafür interessieren.

Im Fall Lengerich war dies anders.

Der fast dreitägige Großbrand in Lengerich hat ein großes Medienecho und politisches Echo in Bund und Land hervorgerufen, da er von der Menge der einbezogenen Kunststoffe, der Branddauer und den Ausbreitungsbedingungen ein Sonderfall war. Von tickenden Dioxin-Zeitbomben im Zusammenhang mit den immer zahlreicher entstehenden Kunststoffhalden war die Rede.

Bei und nach diesem Brand wurden umfangreiche Untersuchungen durchgeführt, woraus sich Erkenntnisse für zukünftige Fälle ableiten lassen. Die Landesregierung NRW sah sich deshalb veranlaßt, zusammen mit der Stadt Lengerich eine umfangreiche Dokumentation herauszugeben.

II. Daten und Fakten zum Einsatzablauf

Im Verlaufe des Einsatzes waren insgesamt 9 Freiwillige Feuerwehren, 2 Berufsfeuerwehren und 2 Werksfeuerwehren mit zeitweise bis zu 318 Feuerwehrkräften, die Polizei mit 26 Fahrzeugen und 70 Beamten sowie das DRK mit 50 Fahrzeugen und bis zu 147 Hilfskräften und das THW mit 12 Fahrzeugen und 72 Hilfskräften im Einsatz. Zur Brandbekämpfung wurden ca. 15 Mill. Liter Wasser aus dem öffentlichen Wassernetz, 3 Löschwasserteichen und einem natürlichen Gewässer entnommen. Ferner wurden 22000 Liter Schaummittel, gut 3000 Liter Treibstoff und eine Vielzahl von Filtern und Prüfröhrchen verbraucht.

Die Brandmeldung erfolgte am 4. Oktober 1992 um 1.29 Uhr. Der Feuerwehreinsatz dauerte beinahe 2 1/2 Tage. Erst am 6. Oktober gegen 7.00 Uhr konnte der Einsatzleiter endgültig „Feuer aus“ melden. Danach erfolgten

bis 18.00 Uhr noch einige Nachlöscharbeiten. In der Zwischenzeit standen die sehr gut zusammenarbeitenden Feuerwehreinsatzkräfte vor einer ihrer schwersten Belastungen. Beim Eintreffen der Feuerwehr am Brandort brannte eine größere Werkhalle, die bis unter das Dach mit zu recycelnden Kunststoffen gefüllt war, in voller Ausdehnung. Die Grundfläche der Halle betrug 64 x 46 m. Des weiteren brannten bereits auch große Mengen Kunststoffe auf dem der Halle vorgelagerten Freigelände. Insgesamt lagerten auf dem Gelände etwa 5000 t Kunststoffe verschiedenster Art, insbesondere Produktionsreste und Ausschußware, die nach den Feststellungen der Staatsanwaltschaft vorsätzlich in Brand gesetzt wurden. Eine Trafostation und ein Heizöltank mitten in der Brandstelle waren extrem gefährdet. Darüber hinaus war ein Übergreifen des Feuers auf die benachbarte Fabrik Bischof & Klein, dem zweitgrößten Unternehmen in Lengerich mit etwa 1.600 Beschäftigten, zu befürchten. Aufgrund dieser Situation wurden alle verfügbaren Kräfte durch die Kreisleitstelle in Rheine alarmiert.

35 Einsatzkräfte mußten aufgrund akuter Beschwerden wie Reizungen der Atemwege, starker Husten, Hautreizungen im Gesichtsbereich etc. meist für 2 Tage stationär im Ev. Krankenhaus Lengerich behandelt werden.

Von Beginn an wurden kontinuierlich im Brandrauch Schadstoffmessungen durchgeführt. Die Messungen ergaben am Morgen des 4. 10. 1992 zwischen 7.00 und 8.00 Uhr Chlorwasserstoffgehalte in der Luft von 5,2 ppm (parts per million). Eine Konzentration, die über dem sog. MAK-Wert (maximale Arbeitsplatzkonzentration) lag und bei der damit eine Gefährdung der Bevölkerung in der angrenzenden Wohnbebauung nicht mehr auszuschließen war. Angesichts dieser Sachlage ordnete die Stadt Lengerich auf dringende Empfehlung der Einsatzleitung, beraten durch Vertreter des staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes und der Landesanstalt für Immissionsschutz an, daß aus Vorsorgegründen eine Evakuierung der Bewohner der im Einwirkungsbereich der Rauchentwicklung gelegenen Häuser geboten war. Für die etwa 900 zu evakuierenden Personen stand die Dreifachsporthalle in einer Entfernung von etwa 1 km nördlich des Brandherdes zur Verfügung. Während des Tages hielten sich mehrere hundert Personen in der Turnhalle auf. Die Mehrzahl der betroffenen Personen konnte über Nacht jedoch privat unterkommen.

Gegen 15.00 Uhr traf Umweltminister Matthiesen am Brandort ein und bot jedwede notwendige Unterstützung durch die Landesstellen an. Um ein etwaiges Gefährdungspotential durch



Bild 1: Große Mengen Kunststoff brennen mit starker Rauchentwicklung auf dem Freigelände.

Stadtdirektor
Heinz Thomas Striegler,
Lengerich

Dioxine und Furane abklären zu können, wurde die Gesellschaft für Analytik (GfA) in Münster mit entsprechenden Untersuchungen in Innenräumen, an Arbeitsplätzen und im Außenbereich beauftragt. Das Chemische Landesuntersuchungsamt Münster übernahm die Aufgabe, den Weideaufwuchs, verschiedene Nahrungspflanzen und Kuhmilch zu beproben.

Am Nachmittag des 4. 10. 1992 waren sich alle Experten von Land, Regierungspräsident und Kreis, ausgehend von der Prognose der Brandfachleute in der Einsatzleitung einig, daß der Brand am Abend gelöscht sein würde und eine Fortsetzung der Evakuierung nicht mehr notwendig sei. Die Aufhebung der Evakuierung erfolgte vor dem Hintergrund der stark nachgelassenen Chlorwasserstoffkonzentrationen. Das Risikopotential einer möglichen Dioxinfreisetzung wurde nach den bis dahin vorliegenden Erkenntnissen als nicht so hoch eingestuft, daß weitere Zwangsmaßnahmen zu rechtfertigen seien. Den betroffenen Anwohnern wurde daher mitgeteilt, daß aus lufthygienischen Gründen keine Bedenken mehr bestehen, in die Wohnungen zurückzukehren. Ihnen wurden vorsorgliche Verhaltensregeln in einem Mitteilungsblatt der Stadtverwaltung an die Hand gegeben. Dazu zählten u. a., im Freien lagerndes oder noch nicht abgeerntetes Obst und Gemüse bis zum Vorliegen weiterer Informationen nicht zum menschlichen oder tierischen Verbrauch zu nutzen, vorläufig Kinder nicht in Sandkästen spielen zu lassen und Milchvieh von der Weide zu nehmen. Aufgrund der noch ausstehenden Untersuchungsergebnisse von Rauchablagerungen wurde unter dem Gesichtspunkt der Vorsorge auch weiterhin die Möglichkeit angeboten, Unterkunft und Verpflegung in der Dreifachsporthalle in Anspruch zu nehmen.

Die Einschätzung, daß der Brand am Abend gelöscht sein würde, erwies sich leider als falsch. In der Nacht zum 5. Oktober 1992 kam es zu einem erneuten Aufflackern des Brandes, fast in ähnlicher Ausdehnung wie zuvor.

Es zeigte sich, daß der endgültige Löscherfolg auch unter massivem Einsatz von Löschlanzen und Schaummitteln nicht zu erreichen war. So entschied die Einsatzleitung, das Brandgut mit Unterstützung der Nachbarfeuerwehren und unter dem Einsatz von Fahrzeugen, Geräten und Personal des Technischen Hilfswerkes sowie Privatunternehmen umzusetzen, abzulöschen und mit einer etwa 1m hohen Sandschicht sowie zusätzlich mit Folien abzudecken.

Bis dahin mußten die betroffenen Anwohner mehrfach per Lautsprecherdurchsagen und durch schriftliche Mitteilungen der Stadtverwaltung dazu aufgerufen werden, Fenster und Türen



Bild 2: Die starke Rauchentwicklung stellt für die angrenzende Wohnbebauung eine nicht zu unterschätzende Gefährdung dar.



Bild 3: Trotz massivem Einsatz von Schaummitteln konnte kein schneller Löscherfolg erzielt werden.

geschlossen zu halten und schließlich sogar angesichts einer verstärkten Rauchentwicklung den Einwirkungsbereich weiträumig zu meiden. In der Folgezeit wurde hinsichtlich der empfohlenen Schutzmaßnahmen zwischen einem Nahbereich I und einem weniger belasteten Bereich II differenziert. Am Abend des 5. Oktober 1992 wurde in Übereinstimmung mit vielen Experten unter Vorsorgegesichtspunkten die dringende Empfehlung ausgesprochen, den Nahbereich I für die nächsten 2 Tage, bis zum Vorliegen weiterer Untersuchungsergebnisse zu meiden. Eine Gesundheitsgefährdung konnte angesichts der über Tage anhaltenden Verschmelzung und Verbrennung von Kunststoffen, darunter auch große Mengen PVC, nicht mehr völlig ausgeschlossen werden.

Diese Befürchtung bestätigte sich in den Analysen der verschiedenen Wischproben erfreulicherweise nicht, so daß am Abend des 7. Oktobers Lengerich wieder aufatmen konnte und auch der Medien-spuk sehr schnell ein Ende fand. Das Ausmaß der Schäden wurde vor allem durch die starke Salzsäureeinwirkung bestimmt, welche auch bei den Reinigungsarbeiten der Bürger in den Folgetagen noch Probleme aufwarf (Verätzungen, brennende Augen, Kopfschmerzen etc.).

Insgesamt entstand ein Sachschaden von etwa 25 Mio DM. Es wurden über 300 Schadstoffanalysen durchgeführt, z. B. Bodenproben, Luftproben, Innenraumwischproben, Wasserproben, Untersuchungen von Obst, Gemüse, Backwaren, Milch, Nahrungs- und Fut-

terpflanzen, Untersuchungen der Feuerwehrkleidung und Beprobung der Brandrückstände. Darüber hinaus wurde bei 26 Personen, die besonders dem Brandrauch ausgesetzt waren, ein analytisches Untersuchungsprogramm mit der Bestimmung des Dioxin-/Furangehaltes im Blutfett durchgeführt.

Die Meßergebnisse haben schließlich bestätigt, daß es bei dem Brand in Lengerich zu keiner gesundheitlich relevanten Dioxin-Belastung der Einsatzkräfte und der betroffenen Anwohner gekommen ist.

Vergleichsweise stärker schadstoffbelasteten Rasenflächen und Steckrübenblättern wurde mit besonderen Maßnahmen begegnet. Die Rasenflächen wurden kurzgeschoren und das Schnittgut wie auch die Steckrübenblätter gesondert entsorgt. Eine erneute Beprobung der besonders exponierten Rasenflächen ergab im Frühjahr 1993 Werte im allgemeinen Hintergrundbereich. Oberirdisch wachsende Gemüsesorten und Obst aus dem Maßnahmenbereich I wurden ebenfalls einer gesonderten Entsorgung zugeführt. Die betroffenen Häuser wurden durch Fachfirmen gereinigt, die Versicherer - hier in besonderem Umfang die Provinzial - haben für eine kulante Regulierung gesorgt

III. Erfahrungen der Verwaltung

Die Zusammenarbeit mit der Einsatzleitung der Feuerwehr und den verschiedenen Wehren untereinander verlief reibungslos.

Einer Unterstützung durch die Verwaltung bedurfte es nur in Ausnahmefällen. So mußte dem Stadtbrandmeister Rückendeckung bei der Frage gegeben werden, ob zugunsten eines schnelleren Löscherfolgs zwei einsturzgefährdete Wände der ausgebrannten Halle abgerissen werden könnten, obgleich die Staatsanwaltschaft unter dem Aspekt ihrer Ermittlungen zur Brandursache ein Veto dazu eingelegt hatte. Maßnahmen zur Gefahrenabwehr haben in solchen Fragestellungen stets den absoluten Vorrang.

Im Bereich der Kläranlage mußten die städtischen Mitarbeiter Tag und Nacht Hand in Hand mit den Fachleuten des Kreises und des Staatlichen Amtes für Wasser und Abfallwirtschaft sich immer wieder neue Lösungen einfallen lassen, um die Probleme mit dem kontaminierten und zum Teil übersäuerten Löschwasser in den Griff zu bekommen. Zeitweise war die Biologie in der Kläranlage erheblich gefährdet, so daß dann der Einlauf in die Kläranlage geschlossen werden mußte. Das Löschwasser wurde in einem Regenüberlaufbecken aufgefangen, mit Natronlauge neutralisiert und später dosiert der Kläranlage zugeführt.



Bild 4 und 5: Die Einsatzkräfte der Feuerwehr müssen immer wieder aufflackernde Glutnester ablöschen.

Die Mitarbeiter des Ordnungsamtes hatten mit allen Maßnahmen zur Gefahrenabwehr bis hin zur Evakuierung alle Hände voll zu tun. Bei der Betreuung der evakuierten Anwohner wurden sie verstärkt durch die Mitarbeiter des Sozialamtes. Das Schulverwaltungsamt mußte sich um Fragen der teilweisen Schließung von Schulen, Belegung von Sporthallen und Klassenräumen kümmern. All dies sind Dinge, die auch von einer Kleinstadtverwaltung geleistet werden konnten. Erwähnt sei insoweit allenfalls das Problem, daß nach 2 1/2 Tagen eines beinahe rund um die Uhr andauernden Einsatzes viele Mitarbeiter völlig erschöpft waren. Insoweit bietet es sich an, die umliegenden Städte und Gemeinden um Personalhilfe zu bitten.

Zwei besondere Problemstellungen für die Verwaltung sind aber hervorzuheben:

Eines der Hauptprobleme bestand darin, aus der Komplexität der Situation und aus der Fülle von Informationen und Bewertungsfragen heraus den richtigen Entscheidungsweg vorzugeben. Dazu ein Beispiel:

Montagabend, 5. Oktober 1992, tagte im Lengericher Rathaus eine Runde von Experten aus den verschiedenen Landesämtern der beteiligten Fachbehörden und namhafte Toxikologen. In dieser Runde sollten die ersten Meßergebnisse zu Dioxinen und Furanen erörtert und das weitere Vorgehen beraten werden. Die Ergebnisse aus dem Brandrauch vom Morgen des Vortages betragen etwa das Einhunderttausendfache der sonst üblichen Hintergrundbelastung bezüglich Dioxine und Furane (PCDD/F). Über diesen Wert 5,2 ng ITE/cbm Luft, gab es unterschiedliche Einschätzungen.

Einige Experten waren der Auffassung, daß dies bei Kunststoffbränden ein durchaus üblicher Wert sei und die getroffenen Verhaltensempfehlungen ausreichend seien. Andere Experten wiederum – darunter Toxikologen – mochten angesichts der seit über 2 Tage anhaltenden Verschmelzung und Verbrennung von Kunststoffen und PVC-haltigen Materialien eine Gesundheitsgefährdung durch den überall im Maßnahmengebiet anzutreffenden Schmier- und Rußfilm, auch in den Wohnungen und Gebäuden, nicht ausschließen. Angesichts dieser Sachlage mußte sich die Entscheidung am Vorsorgemaßstab orientieren. In Übereinstimmung mit vielen Experten wurde daher in einer schriftlichen Mitteilung der Stadtverwaltung festgehalten, daß erhebliche Dioxinmengen durch den Brand freigesetzt wurden, deren Ausbreitung weiter untersucht werde. Nach dem derzeitigen Erkenntnisstand könne eine Gesundheitsgefährdung der Bürger in dem betroffenen Gebiet nicht völlig ausgeschlossen werden. Unter dem Gesichtspunkt der Vorsorge werde den Bürgern im Nahbereich I dringend empfohlen, sich für die nächsten 2 bis 3 Tage, bis zum Vorliegen weiterer Untersuchungsergebnisse, in diesem Gebiet einschließlich der Wohnräume nicht mehr aufzuhalten.

Diese dringende Empfehlung wurde ausgesprochen wohl wissend, welcher unangenehme Medienrummel auf Lengerich hereinbrechen würde. Zwei Tage später, nach Vorliegen der Meßergebnisse aus den Rauchablagerungen in den Innenräumen, konnte Entwarnung gegeben werden. Bei der Verkündung in der Dreifachsporthalle vor über 1500 Bürgern konnte man spüren, daß sie alle ob dieser Werte erleichtert waren. Niemand unter ihnen wäre auf den Gedanken gekommen, der Verwaltung ein zu vorsichtiges Handeln vorzuhalten. Viele hatten nach den zwischenzeitlichen Informationen verstanden, daß unter dem Gesichtspunkt der Gesundheitsvorsorge erst einmal die Laboranalysen von Staub, Schmierfilm etc. hinsichtlich Dioxine und Furane abgewartet werden mußten.

Als zweiter Punkt hervorzuheben ist der Themenkomplex, der von der Verwaltung den beinahe größten Einsatz erforderte: Die Information der Bürger und der Medien.

An dieser Stelle ist vorzuschicken, daß eine Kleinstadtverwaltung – so auch in Lengerich – regelmäßig nicht auf die Dienste eines Pressesprechers zurückgreifen kann. Die Öffentlichkeitsarbeit wird vom Hauptamt oder vom Verwaltungschef selbst wahrgenommen. Aber wer ist schon auf den Ansturm von über 10 Fernsehteams und mehr als 100 Journalisten aus ganz Europa vorbereitet?



Bild 6 und 7: Das Brandgut wurde nach dem Umsetzen mit schwerer Technik zum Ablöschen mit einer ca. 1 m hohen Sandschicht und teilweise mit Folien abgedeckt.

Es bietet sich hier an, zwischen der Information der Bürger und der Information der Medien zu differenzieren. Was die Information der Bürger in Lengerich, insbesondere der betroffenen Anwohner anbelangt, so ist in dieser Zeit ein enormer Einsatz erfolgt. Die Informationspolitik der Stadtverwaltung war von Beginn an davon geprägt, möglichst umfassend und offen über Geschehen, Analysen und Bewertungen zu informieren. Anknüpfend an den Grundsatz, das eigene Handeln stets an dem Prinzip der Vorsorge auszurichten, wurden zunächst die betroffenen Bürger informiert und erst in zweiter Linie die Vertreter der Medien. Beredte Zeugnisse dafür sind die zahlreichen Mitteilungsblätter der Stadtverwaltung mit Informationen und Handlungsempfehlungen, die in den ersten zwei Tagen sogar von den Mitarbeitern der Verwaltung an jeden Haushalt im Maßnahmenbereich verteilt wurden, um den ins Auge gefaßten

Adressatenkreis auch wirklich zu erreichen. Dabei muß auch berücksichtigt werden, daß ausländische Mitbürger, die deutsche Sprache möglicherweise nicht beherrschen.

Die wesentlichen Empfehlungen in den ersten Tagen lauteten:

- Kinder sollten in den betroffenen Gebieten bis auf weiteres nicht im Freien spielen
- im Freien lagerndes oder auch nicht abgerettetes Obst und Gemüse aus diesem Bereich sollten weder verzehrt noch geerntet werden.
- Futterpflanzen aus diesen Bereichen sollten bis auf weiteres nicht beerntet und verfüttert werden
- Milchvieh sollte sofort von der Weide genommen werden
- Inhaber von Privatbrunnen sollten auf die Nutzung des Wassers als Trinkwasser vorerst verzichten

- Reinigungsarbeiten zur Entfernung von Brandrückständen sollten bis zum Vorliegen weiterer Untersuchungsergebnisse unterbleiben
- Unter dem Gesichtspunkt der Vorsorge sollte der Nahbereich I bis zum Vorliegen weiterer Untersuchungsergebnisse gemieden werden

Die Informationen und Empfehlungen der Verwaltung sollten dazu dienen, eine angemessene, von Vorsicht geprägte Einstellung den Folgen des Großbrandes gegenüber zu gewinnen und das individuelle Schutzverhalten am Empfehlungskatalog ausrichten zu können. Die Mitteilungsblätter erfüllten gleichzeitig auch den Zweck, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung auf dem aktuellen Informationsstand zu halten.

Nur so konnte der rund um die Uhr eingerichtete Telefondienst der Verwaltung seinen Zweck erfüllen. Darüber hinaus konnten die Mitteilungsblätter auch der ständig wachsenden Zahl der Medienvertreter als Informationsquelle zur Verfügung gestellt werden.

Die dritte Säule der Information neben den Mitteilungsblättern und dem Telefondienst bildeten 3 große Bürgerinformationsveranstaltungen in der Dreifachsporthalle. Bis zu 1.500 Personen besuchten jeweils diese großen Informationsveranstaltungen. Die betroffenen Bürger sollten in dieser schwierigen Situation gerade nicht mit ihrer Angst und den auf sie einstürmenden Medienvertretern allein gelassen werden. Die Verwaltung wurde bei dieser Art der offenen und sachlichen Information stets von den Experten der beteiligten Behörden und Landesinstitutionen unterstützt. Viele Emotionen konnten schon nach kurzer Zeit abgebaut werden. Gerade die umfassende und offene Information hat dazu beigetragen, daß die betroffenen Bürger mit großer Mehrheit Vertrauen zu den Mitteilungen und Handlungen der Verwaltung entwickelt haben. Alle Meßergebnisse etc. konnten in der Umweltleitstelle von jedermann eingesehen werden. Darüber hinaus wurden nahezu alle Ergebnisse auch in den Mitteilungsblättern der Stadtverwaltung schriftlich fixiert.

Bei einer Bürgerinformation hat man es nicht mit „dem Bürger“ zu tun, sondern die Reaktionen und Verhaltensweisen sind verständlicherweise sehr unterschiedlich. Viele sind stark verunsichert und verängstigt, andere wiederum nehmen auch die dringendsten Empfehlungen nicht ernst, so daß eine ganze Reihe von Personen zum Teil aus Bequemlichkeit, zum Teil auch um Hund, Katze und Kanarienvogel weiter zu betreuen, in dem betroffenen Maßnahmenbereich I in ihren Wohnungen verblieben sind und den Aufrufen der Verwaltung nicht Folge geleistet haben.

Hinsichtlich der Informationsaufbereitung und des Kontaktes mit den Medien gab es auch einige Schwachstellen. Nachdem das Reizwort Dioxin gefallen war, brach über Lengerich in den nächsten zwei Tagen geradezu eine wahre Medienflut herein. Die Verwaltungsarbeit wurde dadurch erheblich beeinträchtigt, die Telefonzentrale war zwei Tage lang blockiert. Statt der vorhandenen 10 Leitungen hätte man in dieser Zeit ein Vielfaches benötigt. Darüber hinaus erwies es sich als sehr hinderlich, dem Informationsbedürfnis der verschiedenen Rundfunk- und Fernsehsender jeweils Rechnung zu tragen. Hier wäre die frühzeitige Hinzuziehung von Medienreferenten/Pressesprechern anderer Behörden und Organisationen zur Unterstützung der örtlichen Medienarbeit sinnvoll gewesen.

Um auch die zeitliche Inanspruchnahme in Grenzen zu halten, erscheint ein noch stärkeres Hinwirken auf gemeinsame Pressekonferenzen unumgänglich, auch um die Einheitlichkeit der Aussagen zu wahren.

An dieser Stelle ist anzumerken, daß in der regionalen Presse die sachliche Information eindeutig im Vordergrund stand, während in den überregionalen Medien schnell, bisweilen auch vor schnell, Vergleiche zu weltweit bekannten Umweltkatastrophen ersten Ranges gezogen wurden.

Als Fazit ist festzuhalten: Die Öffentlichkeitsarbeit muß gut organisiert und strukturiert sowie von dem Grundsatz getragen sein „Information schafft Vertrauen“. Für die offene Informationspolitik hat die Verwaltung in Lengerich viel Anerkennung und Lob erhalten, Nachahmung kann daher empfohlen werden.

Es gibt auch keine Alternative. Will man erreichen, daß die eigene betroffene Bevölkerung Vertrauen in das Handeln und die Information der Verwaltung faßt, ist eine rasche, kompetente und offene Information unumgänglich.

IV. Schlussfolgerungen aus dem Großbrand Lengerich

Abschließend kann festgestellt werden, daß durch die Verschmelzung großer Kunststoffmengen Schadstoffe in nicht unerheblichem Umfang freigesetzt wurden, aber – bezogen auf die unvermeidbare lebenslange Dioxinaufnahme des Menschen – nur eine relativ geringe Dioxinbelastung erfolgt ist und alle aufgrund der Dioxinbelastung ergriffenen Maßnahmen Vorsorgecharakter hatten. Hinsichtlich der fachgerechten Lagerung von Kunststoffen setzte sehr rasch bundesweit eine Diskussion ein mit dem Ziel, eine Trennung von PVC und anderen Kunststoffen zu erreichen sowie maximale Größen einzelner Lagerfelder mit ausreichenden Mindest-

abständen als Minimalforderungen durchzusetzen.

Der Großbrand Lengerich hat auch gezeigt, daß es Schadensereignisse gibt, die zwar keine Katastrophe im Sinne von § 1 Abs. 2 KatasSchG NW sind – so hat auch hier der Kreis Steinfurt das Vorliegen einer Katastrophe in diesem Sinn verneint –, bei denen jedoch die Notwendigkeit zu einem schnellen und koordinierten Handeln mehrerer Stellen besteht. Die Koordination der verschiedenen Behörden und Vorgehensweisen war in Lengerich nicht immer ganz einfach, zumal der Einfluß der vor Ort Verantwortlichen auf andere Behörden – z. B. Kreispolizeibehörde, staatliches Gewerbeaufsichtsamt, um nur wenige zu nennen – sehr begrenzt ist.

Aus diesen Erfahrungen heraus hat die Landesregierung am 24. 11. 1992 die Einrichtung einer „Koordinierungsgruppe für Großschadensereignisse unterhalb der Katastrophenschwelle“ unter Federführung des Innenministers beschlossen. Daneben wird das „Informations- und Kundenkommunikationssystem gefährliche und umweltrelevante Stoffe“ (IGS) ausgebaut. Es ist dialogfähig und wird auf den Informationsbedarf verschiedener Anwendungsbereiche konzipiert.

Aufgrund des Lengericher Großbrandes wird auch die bestehende Handlungshilfe für die Vorgehensweise bei Dioxin-Verunreinigungen aktualisiert. Dieser vom Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft NRW neugefaßte Leitfadens für die Vorgehensweise bei akuten Dioxin-Schadensfällen soll allen Verantwortlichen vor Ort bei der Entscheidung und Beurteilung von akuten Schadensfällen Hilfestellung geben. Der Entwurf des Leitfadens enthält vier Abschnitte:

- Beispielhafte Darstellung von Schadensfällen
- Operationeller Teil
- Probennahme und Analysetechnik
- Bewertung.

Auch auf lokaler Ebene wurde eine erste Konsequenz gezogen. Um die bestehende Lücke zwischen den klassischen Einsatzmaßnahmen der Feuerwehr und den Maßnahmen im Katastrophenfall zu schließen, ist in der Verwaltung eine Dienstanweisung für den „Mobilen Einsatzstab“ (MES) erarbeitet worden. Im Vordergrund steht hierbei die Abwehr möglicher gesundheitlicher Gefahren für die Bevölkerung und die Minderung von Beeinträchtigungen für die Umwelt. Die Dienstanweisung enthält eine Aufgabenbeschreibung und eine detaillierte Auflistung der Zusammensetzung des MES. Die Aufgaben und Zuständigkeiten sind den einzelnen Mitgliedern genau zugeordnet. In dem ergänzenden Alarmplan ist der Ablauf der Meldewege dargestellt.

Im Anhang sind alle denkbaren Fachdienststellen und Institutionen mit Rufnummern aufgelistet, um so durch eine Art Checkliste die rechtzeitige Hinzuziehung von Experten zu gewährleisten.

V. Zusammenfassung

1.:

Möglichst rasche Bildung eines Krisenstabes in der Verwaltung entsprechend vorher ausgearbeiteter Einsatzpläne; dabei die Unterstützung durch Experten anderer Behörden einfordern, insbesondere wenn es um besondere Schadstoffmessungen und die Bewertung von Meßergebnissen geht, z. B. die toxikologische Bewertung.

2.:

Die notwendigen Entscheidungen z. B. Warnungen an die Bevölkerung, Verhaltensmaßnahmen, Evakuierung stets am Maßstab der Vorsorge für Leben und Gesundheit ausrichten.

3.:

Von Anfang an eine offene Informationspolitik betreiben, u. U. unter Einbeziehung besonderer Gruppierungen (Bürgerinitiativen/Greenpeace). Denn nur durch umfassende Information schafft man Vertrauen.

Bild 8 und 9: Offene Informationspolitik im Rahmen einer Bürgerinformationsveranstaltung



Der Dombrand

Reimund Roß

1. Historisches

Der Deutsche Dom wurde nach Entwürfen von Martin Grüneberg unter Friedrich dem II. von 1701 bis 1708 gebaut, damals noch ohne Turm. Auf der gegenüberliegenden Seite entstand die Französische Kirche. Unter Friedrich dem Großen erfolgte eine Umgestaltung des Platzes. Der Baumeister Karl von Gontard entwarf für beide Tempel Türme. Mitten im Bau stürzte der Turm des Deutschen Doms 1781 ein. Mit dem erneuten Bau wurde sofort begonnen.

*Dipl.-Ing. Reimund Roß,
Brandoberrat,
Berliner Feuerwehr*

Die Geschichte des Deutschen Doms kennt mehrere schicksalsträchtige Tage, so brannte am 16. September 1929 zum ersten Mal die Kuppel. Die Holzverschalung wurde bei Reparaturarbeiten in Brand gesetzt. Mit 5 Löschzügen kämpfte die Feuerwehr gegen die Flammen.

Im II. Weltkrieg brannte der Dom 1943 nach Bombenangriffen völlig aus. In diesem teilweise zerstörten und ausgebrannten Zustand blieb der Bau bis 1984.

Unter der damaligen Regierung wurde mit dem Wiederaufbau begonnen. Nach der Deutschen Einheit ging das Gebäude in das Eigentum der Stadt Berlin über. 32 Mill. DM wurden seit 1990 für die Rekonstruktion ausgegeben.

In Verbindung mit dem Französischen Dom und dem Schauspielhaus bildet der Deutsche Dom das historisch bedeutsame Ensemble am Gendarmenmarkt in Berlins Mitte.

2. Das Schadenobjekt

Der Deutsche Dom besteht aus 2 Bauteilen, der ehemaligen Kirche und einem Turmgebäude. Beide Bauteile sind auf verschiedenen Ebenen miteinander verbunden, eine brandabschnittliche Trennung existiert nicht. (Zeichnung 1 Seite 8)

Die tragenden Bauteile bestehen aus Mauerwerk bzw. Stahlbeton. Die Wanddicke beträgt stellenweise bis 1,60 m.